

BURSCHENSCHAFT IN DER MODERNEN DEMOKRATIE. Anachronismus oder politisches Erfordernis.

von Dr. Hans Merkel

anlässlich der 15. Bogenhausener Gespräche am 28.06.1998

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, meine Herren Verbandsbrüder!

Der französische Enzyklopädist Denis Diderot hat im Nachtrag zu "Bougainvilles Reise" gesagt: "Ist man mit Verrückten verrückt, so hat man weniger Unannehmlichkeiten, als wenn man ganz allein vernünftig ist."

Diese Lebensweisheit läßt sich für das heutige Deutschland sogar verschärfen. Wer bei uns in einer sehr speziellen Hinsicht politisch verrückt ist, hat überhaupt keine Unannehmlichkeiten, sondern wird von den Hohepriestern des Zeitgeistes sogar belobigt. Und der politisch in der genannten Hinsicht Vernünftige hat nicht nur Unannehmlichkeiten; er setzt sich vielmehr der handfesten Gefahr aus, von der Gedankenpolizei der "political correctness" ins gesellschaftliche Abseits manövriert zu werden.

Ich nenne Beispiele:

- Wer sagt, er sei stolz ein Deutscher zu sein, gilt nicht als Patriot, wie dies bei einem stolzen Franzosen der Fall wäre, sondern als Ewiggestriger.
- Wer fordert, daß unsere Regierung in Europa und der weiteren Welt stärker als bislang die nationalen Interessen vertrete, was in allen Ländern der Welt eine Selbstverständlichkeit wäre, läuft bei uns Gefahr, als Nationalist abgestempelt zu werden.
- Wer sich bei uns angesichts stattfindender Massenzuwanderung und Überfremdung um den sozialen Frieden und die Identität des eigenen Volkes sorgt, bekommt nicht etwa ein Attest für vorausschauendes und verantwortungsvolles Handeln, sondern gilt als Ausländerfeind und Rassist.
- Wer bezüglich der Zeitgeschichte rückhaltlose Wahrheit in jeder Hinsicht, also auch auf Gebieten verlangt, wo sich für Deutschland Entlastendes ergeben könnte, wird als Verharmloser des Nationalsozialismus gebrandmarkt und bekommt den objektiv harmlosen, aber als persönliche Herabsetzung gemeinten Titel Revisionist zudiktirt.

Beide Vorwürfe, die sogenannte Ausländerfeindlichkeit und der Revisionismus, stellen mangels ausreichender Beweise wirklich grundgesetzwidriger Betätigung auf der politisch rechten Seite die Hauptstützen der Theorie unserer Verfassungsschutzämter dar, daß es bei uns neben einer geistig impotenten Neonaziszene wirklich ernst zu nehmenden Rechtsextremismus, also ernst zu nehmende rechte Verfassungsfeindlichkeit gibt.

- Auch wer sich nur weigert, die obsessive Betroffenheits- und Bußkultur mitzumachen, sich wehrt gegen Selbsthaß und kollektives Schuldbewußtsein, riskiert seinen Ruf; er gilt als unbelehrbar und damit als unverbesserlich.

Unseren Dauerbüßern müßte es doch eigentlich zu denken geben, daß in Rußland, in dem - weiß Gott - ein blutrünstigeres Regime herrschte als je in Deutschland, kein Mensch dazu bereit ist, sich die Schuld der Bolschewiken unter die Weste jubeln zu lassen. Oder meinen unsere Flagellanten, sie hätten die bessere Moral? Sozusagen: Wir sind nicht nur die besten Verbrecher, sondern auch die besten Büßer, weshalb auch und gerade hinsichtlich unseres Bußverhaltens das Motto gelten müsse, daß am deutschen Wesen die Welt genesen solle.

Das Versagen der etablierten Parteien

Wem nun haben wir die geschilderten Verrücktheiten zu verdanken? Die wohlfeile Antwort "den Medien" ist nur teilweise richtig, denn die transportieren doch nur Dinge, die sie von woanders gehört haben. Und dieses Woanders ist die Politik. Und die Politik wird von Politikern gemacht.

Wenn die politisch für den Verfassungsschutz ihres jeweiligen Landes verantwortlichen Politiker, also die Innenminister, von Anfang an klargestellt hätten, daß auch die Zeitgeschichte im Sinne freier Wissenschaft abgehandelt werden dürfe, ja müsse und die Freiheit der Meinungsäußerung auch auf diesem Gebiet gelte, dann wäre es allen Medien zum Trotz nie so leicht gewesen wie heute, einem anständigen Menschen Verfassungsfeindlichkeit nachzusagen, nur weil er in bestimmten interessierten Kreisen nicht gelittene Wahrheiten ausspricht.

Oder wenn sich unsere Regierenden dazu bequemen könnten, sich zum Stolz auf ihr Volk und seine Leistungen zu bekennen, dann würde auch unser Volk wieder stolzer, nationalbewußter und auch opferbereiter für Gemeinschaftsdinge werden. Denken Sie nur, wie nötig dies für den Wiederaufbau in den durch den Sozialismus verwüsteten Ländern Mitteldeutschlands wäre, der unser aller Opfersinn und Solidarität erfordert. Und auch das ewige Bußgetue würde sein verdientes Ende finden, gleich was bestimmte Medien dazu meinen.

Nun kann man leider nicht sagen, daß die geschilderten Verrücktheiten die Produkte nur einer einzigen politischen Richtung in unserem Lande seien. Hier haben alle unsere sich als staatstragend verstehenden und sich innerhalb des Verfassungsbogens sehenden Parteien Mitschuld.

Der Unterschied zwischen den Parteien ist in diesem die geistige Grundeinstellung zu unserer Nation betreffenden Bereich leider nur ein gradueller, so sehr sie auch im Übrigen bis ins Grundsätzliche hinein - denken Sie etwa an die Wirtschafts- und Sozialordnung - differieren mögen.

Diese Tatsache berührt deshalb merkwürdig, weil uns unsere Verfassungsordnung eines Besseren belehrt. Unser Grundgesetz enthält als den das ganze politische Handeln verpflichtenden kollektiven Zentralwert das deutsche Volk. Man darf, man muß sogar Patriot sein und zu seinem Volk stehen. Seinem Wohl ist zu dienen, sein Nutzen ist zu mehren, von ihm ist Schaden zu wenden und seine Verfassung ist zu wahren und zu verteidigen. Dies ergibt sich aus dem Eid des Bundespräsidenten, den auch der Kanzler und seine Minister zu schwören haben.

Und die Verfassung sagt, daß jeder das Recht hat, seine Meinung, gleich worüber, frei zu äußern und daß Wissenschaft und Forschung, gleich auf welchem Feld, frei seien.

Unter diesen Umständen wundert es mich, daß ich in meinen Patriotismus auch die Treue zum Grundgesetz aufgenommen habe, daß sich keine unserer herkömmlichen Parteien die genannten Prinzipien so deutlich aufs Papier geschrieben hat, daß die beanstandeten Verrücktheiten chancenlos wären. Vor allem wundert es mich, daß man sein Land nicht mehr gegen Anschuldigungen verteidigen dürfen soll, sofern man entlastende Momente zu erkennen glaubt.

Die ganze Sache erscheint um so verwunderlicher, als man in diesem Jahr auf allen möglichen Feiern zum 150jährigen Jubiläum der ersten deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche immer wieder darauf hingewiesen hat, wie sehr das auf deutsche Einheit und Freiheit ausgerichtete Gedankengut von 1848 in unser Grundgesetz eingeflossen ist. Warum nimmt man sich eigentlich nur an den Buchstaben der Paulskirche für heute ein Beispiel, aber nicht an ihren Männern und deren patriotischer Einstellung?

Manche vertreten die Auffassung, der aufgezeigte Mißstand liege am System. Dies ist falsch, wenn man unter System die Verfassungsordnung versteht, denn die ist in ihren Vorschriften eindeutig: Sie setzt Patriotismus voraus.

Versteht man indes unter System das mehr oder weniger bewußte Zusammenwirken jener politischen Kräfte im Land, die sich seit einem halben Jahrhundert in der Machtausübung mehr oder weniger regelmäßig abwechseln, also im Grunde genommen immer irgendwie dabei sind und daher eine Politik des "closed shop" betreiben, um diesen für sie schönen Zustand zu erhalten, dann wird der Vorwurf, das System habe die Schuld, durchaus plausibel.

Dem widerspricht nicht, daß es den Grünen und der in PDS umgetauften SED gelungen ist, das schwarz-rot-gelbe Kartell aufzubrechen und sogar schon zum ganzen oder teilweisen Mitspielen zugelassen zu sein. Denn eine eigentlich patriotische Partei, eine rechte Partei also, hatte bislang keine Chance und wird durch die vollzogene Hereinnahme zweier Linksparteien als Mitspieler so schnell auch keine bekommen.

Die bisherigen Versuche von rechts in Gestalt von NPD und Republikanern scheiterten nach jeweils spektakulären Anfangserfolgen, weil es den etablierten Parteien gelang, sie als rechtsextremistische Verfassungsfeinde hinzustellen, obwohl dies in beiden Fällen äußerst zweifelhaft war.

Weil man Satzungsbestimmungen wie Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch Führerdiktatur und Einführung eines regierungsamtlichen Antisemitismus nicht finden konnte, avancierten selbst für ein Land wie das CSU-geführte Bayern pointierte Forderungen nach einer die deutsche Identität schützenden Ausländerpolitik und zeitgeschichtlicher Revisionismus zum Extremismusersatz. Der in seiner schweigenden Mehrheit von der Politik Patriotismus erwartende Bürger wurde dadurch alsbald abgeschreckt und ging von der Fahne.

Auf Grund der bisherigen Geschehnisse dürften die Chancen für die Ein-Kopf-Partei DVU und den durchaus ehrenwerten Bund freier Bürger kaum größer sein.

Resignation wäre in dieser Situation allerdings falsch. Wenn sich die Grundeinstellung zu Deutschland mindestens vorerst nicht durch eine neue Partei ändern läßt, dann

müssen eben andere gesellschaftliche Gruppen aktiv werden. Zu diesen zählt auch die Burschenschaft, denn sie erhebt ja einen politischen Anspruch.

Zu diesem Zweck müßte sie allerdings wesentlich mehr tun, als in den Einzelbündern Burschenschaftliche Abende abzuhalten und als Gesamtverband burschentägliche Resolutionen zu beschließen. Sie müßte als Einzelbund und auch als örtliche Burschenschaft heraus aus den Häusern, hinein ins öffentliche Leben und die politischen Stellen ganz aktuell mit politischen Forderungen bombardieren, sich mit anderen, auch nichtakademischen Organisationen zu politischer Zusammenarbeit verbinden, Demonstrationen, auch Gegendemonstrationen organisieren und durchführen und dergleichen mehr.

Wer Änderung bewirken will, muß sich aber die Ursachen bewußt machen, die zu dem eindeutig von Geistesverwirrung geprägten Meinungskartell geführt haben, welches das Seelenleben der Nation so stark gestört erscheinen läßt. Und er muß sich prüfen, ob er hinsichtlich seiner eigenen Ideale wirklich in die Zeit paßt.

Die Umerziehung als Ursache für das Versagen

Sprechen wir über die Ursachen des festgestellten Mißstands. Am Anfang steht die totale Niederlage Deutschlands 1945, die vielen Deutschen die nationalen Ideale gründlich verleidet hat. Hinzu trat das Umerziehung genannte Bemühen der Besatzer, die Deutschen dauerhaft von sich selbst zu entfremden - ein Bemühen, das willfährige deutsche Vollstrecker zu ihrem eigenen Ziel erhoben und ihm so überhaupt erst eine bis heute spürbare Wirkung verliehen.

Diese Selbstumerziehung verlief in zwei Schüben: Den Umerziehern der ersten Stunde, die immerhin Demokraten im Sinne des Grundgesetzes waren, folgten mit dem erklärten Willen, die bestehende Verfassungsordnung zugunsten sozialistischer Vorstellungen zu kippen, die linksextremistischen Kulturrevoluzzer der 68er Bewegung. Ihnen gelang zwar dieses Kippen nicht, aber sie begaben sich auf den Marsch durch die Institutionen und sitzen heute geist-, besser: ungeistprägend in den wichtigsten Positionen.

Deutscher Stolz - so das Ziel der Umerzieher und ihrer linksextremistischen Schüler - sollte und soll für immer gebrochen bleiben. Hierzu bediente und bedient man sich zweier Glaubenssätze, nämlich 1. daß Deutschland die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg und damit auch an all dem Elend habe, das durch diesen Krieg über die Menschheit gekommen ist, und 2. daß die in der NS-Zeit regime- und kriegsbedingt begangenen Verbrechen den Charakter weltgeschichtlicher Einmaligkeit hätten, weswegen sich jeder Vergleich dieses Systems mit einem anderen System verbiete.

Ergänzt wurden diese Axiome der Umerziehung durch die Aussage, daß die Untaten des NS-Systems ihre Wurzeln tief in der deutschen Geschichte hätten. Sie alle kennen die beliebte, in der Nachkriegszeit geborene Theorie, daß von Luther über Friedrich den Großen und Bismarck eine unmittelbare Linie zu Adolf Hitler führe. Die Untaten Deutscher in der NS-Zeit seien daher wesensbedingt, weshalb es unserem Volk gleichsehe, jederzeit wieder in so erschreckender Weise aus dem Ruder zu laufen.

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß Hitler den Polen-Krieg begann, weil er Stalins Unterstützung hatte. Auch war Polens halsstarriges Verhalten in der Danzig- und Korridorfrage, in der im Interesse der betroffenen Menschen eine

Revision überfällig war, nicht dazu angetan, Frieden mit Deutschland zu gewährleisten. Unverantwortlich war ferner Großbritanniens Blankoscheck an Polen, der Warschaus Halsstarrigkeit Deutschland gegenüber noch steigerte. Auch kann nicht mehr bestritten werden, daß der amerikanische Präsident Roosevelt sein Land mit System in die Kriege gegen Deutschland und Japan führte. Schließlich weiß man heute außerdem, daß Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion kein Überfall auf einen Ahnungslosen war, sondern ein Angriff auf einen Arglistigen, der Gleiches gegen Deutschland im Schilde führte.

Das alles macht Deutschland zwar nicht schuldfrei, aber Alleinschuld ist mit Verlaub eine Übertreibung, die um so unberechtigter ist, als die ersten Wurzeln für den 1939 ausgebrochenen Krieg in den Ungerechtigkeiten - um nicht zu sagen: Gemeinheiten - des Versailler Friedensdiktats zu sehen sind.

Auch die These von der Singularität der NS-Verbrechen ist falsch. Leben ist Leben. Deshalb sind diejenigen, die es aus ideologischen Gründen in Massen vernichten, qualitativ gleich zu bewerten. So steht Hitler mit Lenin, Stalin und Pol Pot in einer Reihe und nicht etwa als Oberteufel darüber.

Und quantitativ, aber auch in der Unberechenbarkeit der Willkürhandlungen - siehe das französische Schwarzbuch über den Kommunismus - war eher der Kommunismus, dieser Partner der USA und Britanniens zur Niederringung Deutschlands, singulär, denn er schlug das NS-System um Längen.

Und daß die Deutschen ihrem allgemeinen Wesen nach, wie ihre Geschichte zeige, ein besonders übles Volk seien, das ist natürlich totaler Unsinn und im übrigen genau das Gleiche, was auch der Antisemitismus ausdrückt: nämlich Rassismus.

Trotz all dieser fragwürdigen Grundlagen der Umerziehung, hat das Gros der deutschen politischen Klasse deren Vorgaben so sehr verinnerlicht, daß trotz der schönen Worte unseres Grundgesetzes kein normales, unverkrampftes Nationalgefühl zu erwachsen vermochte. Der Sinn für das zuverlässige Erkennen der nationalen Interessen blieb daher gestört; und der Mut sie, soweit man sie doch erkannt hatte, auch durchzusetzen, blieb unterentwickelt.

Statt unserer Jugend dadurch Stolz zu vermitteln, daß man sie im Sinn all des Positiven erzieht, was unser Volk im Laufe seiner Geschichte geleistet hat, wird sie ganz wesentlich von der Betroffenheits- und Bußkultur unserer sogenannten Vergangenheitsbewältiger beeinflusst. Kein Wunder, denn sie wird ja von einer Überfülle von Mahnmalen umstellt und von einer Überfülle von Gedenkstunden berieselt. "Gegen das Vergessen" - so heißt sogar ein Verein - sei dies alles notwendig, da sonst das Schlimme wiederkehren könne.

Dabei liegt es doch auf der Hand, daß zu verbrecherischen Exzessen, wie sie in der Hitler-Diktatur von Staats wegen geschehen sind, unter unseren heutigen rechtsstaatlichen Umständen nicht einmal ansatzweise ein Weg hinführen kann. Einmal war der NS-Staat kein Rechtsstaat. Und zum ändern konnte er seine schlimmsten Untaten im Krieg verstecken.

Ist es eigentlich nicht fast selbstverständlich, daß eine Jugend, der das eigene Volk quasi als Pariavolk vorgeführt und die eigene Geschichte als eine Art

Verbrecheralbum dargestellt wird, sich dem Staat und der Nation auf vielfältige Weise - nicht nur hinsichtlich des Wehrdiensts - verweigert?

"Staat ist Kacke", "Nie wieder Deutschland" und "Deutschland verrecke" - das alles habe ich in Bonn und anderswo, besonders in Hochschulstädten, an Häuserwände, ja sogar auf Kriegerdenkmäler gesprüht gesehen. Und die Aussage "Soldaten sind Mörder" haben hierzulande sogar schon Richter für zulässig gehalten.

In diesem Zusammenhang: Die Verlogenheiten der Antiwehrmachtausstellung der Herren Reemtsma und Heer bezwecken natürlich nicht nur das allgemeine Schlechtreden der deutschen Vergangenheit; sie zielen mittelbar durchaus auch auf die Bundeswehr, der jede Verwurzelung im eigenen Volk und seiner Geschichte, jede Tradition und jedes Beispiel genommen werden soll, um sie so in ihrem Selbstwertgefühl und ihrer Wirksamkeit zu beeinträchtigen. "Soldaten sind" für unsere Zeitgeschichtsfälscher eben, wie auch schon die Wehrmacht gezeigt haben soll, generell "Mörder".

Doch wir müssen die Wehrmacht nicht nur wegen der Bundeswehr in Schutz nehmen, sondern auch deshalb, weil die Kampagne gegen sie Millionen unserer Landsleute beleidigt, die in ihr gedient haben.

Der frühere US-Botschafter in Bonn, Vernon Walters, sagte über sie:

Vor dem deutschen Soldaten ziehe ich den Hut. Ich habe bei Anzio und in der Normandie gegen Euch gekämpft und kann nur sagen: Eure Soldaten waren erstklassig! Was Ihr Deutschen braucht, ist mehr Selbstachtung und Patriotismus!... Ihr habt in der Wehrmacht eine Armee gehabt, welche die Welt bewundert.

Und ein guter Deutscher dichtete eindrucksvoll und die Träger der Antiwehrmachtkampagne richtig bewertend:

Sie liegen im Westen und Osten,

Sie liegen in aller Welt.

Und ihre Helme verrosteten,

Und Kreuz und Hügel zerfällt.

Sie liegen verscharrt und versunken

Im Massengrab und im Meer.

Aber es leben Halunken,

Die ziehen noch über sie her.

So wie laut Luther nur aus einem fröhlichen Arsch ein fröhlicher Furz kommt, wird der Bürger und vor allem der junge Mensch nur dann an den Staat so gebunden, daß er seine Bürgerpflichten als Ehre empfindet und gern erfüllt, wenn er auf diesen Staat und dessen Volk stolz sein kann.

So glücklich unsere grundgesetzliche Ordnung ist, so betrüblich ist die umerziehungsbedingte und vom geistigen Linksextremismus geförderte Vernachlässigung eines nicht unerheblichen Teils unserer Nationalinteressen in all den zurückliegenden Jahren.

So hat man beispielsweise nie eine wirklich überzeugende, die Geburtenfreudigkeit unserer deutschen Bevölkerung anregende Familienpolitik betrieben, obwohl dies nicht nur national erforderlich, sondern auch christlich gewesen wäre. Warum? Man fürchtete sich, von unseren Präzeptoren ein geistiges Mutterkreuz umgehängt zu bekommen oder - wie man auch höhnte - eine geistige Zuchtbullenprämie.

Die Wiedervereinigungspolitik der alten Bundesrepublik - diesen "Quatsch", diesen "blühenden Unsinn", wie in SPD und CDU formuliert wurde - hat man zusammenbrechen lassen: zunächst teilweise mit dem Abschluß des innerdeutschen Grundlagenvertrags und dann vollends mit dem Bonner Honecker-Theater von 1987. Dieser blamabelste Tatbestand bundesdeutscher Politik ist gottseidank durch die Gewalt der geschichtlichen Ereignisse 1989/90 korrigiert worden.

Dann: Wir haben auf unsere territoriale Souveränität über den deutschen Osten rechtlich wirksam zwar erst im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland verzichtet. Innerlich jedoch schon tief in den 50er Jahren, als die bundesdeutsche Politik sich nicht zu sagen wagte, daß wir unser Land wiederhaben wollten, sondern sich mit der blutarmen Formulierung begnügte, daß die Grenzen wirksam erst in einem Friedensvertrag festgelegt werden könnten.

Ferner: Man gestattete eine zügellose Masseneinwanderung von ausländischen Arbeitskräften und ihrer Familien mit der Folge, daß wir heute einen Großteil nicht integrierbarer Ausländer bei uns haben, die in Zukunft unseren sozialen Frieden bedrohen können. Die Überfremdungsangst des Volkes wird in weiten Teilen der politischen Klasse als Ausländerfeindlichkeit und Rassismus diskreditiert. Dabei ist die Sorge um die Identität unseres Volkes Ausdruck unseres Selbstbestimmungsrechts und damit ein Aspekt unserer demokratischen Freiheit.

Wir sekieren Rußlanddeutsche, die jahrzehntelang ihre Muttersprache nicht gebrauchen durften, um sie außer Landes zu halten, mit einer Sprachprüfung, aber nehmen jede Fremdsprache in Kauf, wenn es um den Familiennachzug der bei uns tätigen ausländischen Arbeiter geht oder um die Schnelleinbürgerung von ausländischen Spitzensportlern, um das bundesdeutsche Leistungsniveau zu heben.

Wir verzichten weit vor der Zeit Frankreich zuliebe auf unsere Währungssouveränität und lassen uns auf das Abenteuer Euro ein, obwohl damit in der Zukunft - Stichwort "Transferunion" - noch größere EU-bedingte Zahlungen notwendig werden dürften als jene, die Kohl jetzt herunterhandeln möchte. Ein Ansinnen übrigens, das Chirac jüngst in Cardiff mit der Begründung ablehnte, daß dann ja Frankreich mehr zahlen müßte.

Wissen Sie übrigens, was Giscard d'Estaing sagte, als die Diskussion über die Frage lief, ob der Euro nicht doch besser verschoben würde? Er sagte, der Euro müsse pünktlich kommen, weil er sonst überhaupt nicht mehr komme, da die Europäer durch die Verzögerung gewahr würden, daß wir die europäische Währung ja bereits hätten, nämlich die Deutsche Mark.

Weiter: Obwohl die Bundeswehr im Ernstfall unser Land verteidigen müßte, schneidet man ihr jetzt sogar auch von Amts wegen jede Verbindung zu den Vorbildern ab, die ihr die Wehrmacht und deren Soldaten geben könnten. Hier fürchtet sich ein bourgeois Minister vor der Hetze rotgrüner Staats- und Volksfeinde, und keiner in der Bundesregierung spricht ihm Mut zu.

Und obwohl unsere aus den Oder-Neiße-Gebieten und dem Sudetenland vertriebenen Landsleute und deren Erben nach geltendem Völkerrecht ein unverlierbares Heimatrecht in ihrer alten Heimat haben und auch ihre Vermögensrechte in der Heimat bis heute erhalten geblieben sind, lehnt es die Bundesregierung - so jedenfalls Außenminister Kinkel - ab, diese Rechte im Zusammenhang mit dem Wunsch Polens und der Tschechei, so rasch wie möglich EU- und NATO-Mitglied zu werden, zum Verhandlungsgegenstand zu machen.

Wie wenig Interesse an einer gerechten Regelung für unsere Heimatvertriebenen hierzulande besteht, konnte man ja bereits an der im vorigen Jahr verabschiedeten deutsch-tschechischen Erklärung sehen, in der die Geschichte geradezu auf den Kopf gestellt und deutscherseits angekündigt wurde, die Beziehungen zur Tschechei in Zukunft nicht mehr mit aus der Vergangenheit herrührenden Fragen zu belasten, die Tschechei also nicht mehr mit den Rechten der Sudetendeutschen zu inkommodieren.

Diese kleine Auswahl nationalpolitischer Interessenvernachlässigung mag genügen, um klar zu machen, wohin uns die beiden Umerzweigungsschübe geführt haben, um klar zu machen, daß in unserem Land mehr im argen liegt, als daß im geistigen Bereich ein fest etablierter Linksextremismus wirksam ist. Das ist zwar schlimm, denn diese geistige Pest trachtet im wesentlichen unter der Tarnkappe des Antifaschismus und Antirassismus danach, unser Staats-, Nations- und Geschichtsverständnis immer weiter zu zersetzen, um am Ende vielleicht doch noch unsere Ordnung zu Fall zu bringen. Viel schlimmer jedoch ist, daß die bürgerlichen, die konservativen Kreise nicht nur keinen entschlossenen Widerstand gegen diese geistige Pest leisten, die das nationale Leben lähmt, sondern daß sie in weiten Teilen selbst schon von dieser Krankheit infiziert sind. Sonst wären ja weder die anfangs genannten Verrücktheiten noch die dargestellten politischen Fehlleistungen erklärbar. Man traut sich nichts, weil sich unser Volk durch sein Versagen, wie ihm suggeriert worden ist, ein derart riesiges Schuldpaket aufgeladen habe, daß allein das Backen kleinster Brötchen die angemessene Verhaltensweise sei.

Im Ausland wundert man sich übrigens über unsere Nationsvergessenheit und unser bleckendes Bußgebaren. Man hält es für unnatürlich, ja krankhaft oder - alternativ - für unaufrichtig, sozusagen als Vorbereitung für eine neue Schurkerei.

Nebenbei: Als ich mich einmal in Neuseeland mit dortigen Parlamentariern über die Fragwürdigkeiten des von den Alliierten festgelegten und von uns übernommenem Geschichtsbilds unterhielt, sagte einer: "Das Geschichtsbild hat noch immer der Sieger geschrieben. Wenn ihr dagegen verständlicherweise etwas habt, müßt ihr euch halt dagegen wehren." Genau das ist es, aber wer tut's?

Burschenschaft - eine politische Kraft?

Gehen wir nun der Frage nach, ob auf der Grundlage der politischen Ideale der Burschenschaft mit Aussicht auf Erfolg in die politische Auseinandersetzung eingegriffen werden kann, die politischen Ideale der Burschenschaft also noch in die

Zeit passen, ja gerade auch heute noch erforderlich sind. Dazu haben wir von ihrem Wahlspruch "Ehre, Freiheit, Vaterland" auszugehen.

Zur Zeit des Aufbruchs der Urburschenschaft, der ja ein demokratischer war, bedeutete "Ehre", daß sie nicht nur dem Angehörigen höherrangiger Stände, sondern jedem anständigen Menschen gebühre. So hieß es in der Verfassungsurkunde der Jenaischen Burschenschaft vom 12. Juni 1815 "Dem Biedern Ehr und Achtung". Dieser Auffassung ist jeder anständige Mensch heute auch. In der Sprache des Grundgesetzes wird der Begriff "Ehre" insoweit durch die für unantastbar erklärte Menschenwürde dargestellt. Das insoweit inhaltlich Gleiche dieser Begriffe ist also alt und neu zugleich und demnach durchaus zeitgemäß.

"Ehre" will jedoch noch mehr ausdrücken als die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde. Die "Ehre" schützt den Menschen nicht nur, sie fordert ihn auch. Sie nimmt ihn in besonderer Weise für den Mitmenschen, für die Gesellschaft und für den Staat in die Pflicht, in eine moralische Pflicht. Sie will also mehr als die Erfüllung notwendigster Grundpflichten wie allgemeine Gesetzestreue, Steuernzahlen und Wehrdienstleisten. Sie will, was keine Verfassung und kein Gesetz - sozusagen zwingend - verlangt, nämlich sich als aktiver Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Dinge zu beteiligen - in Gemeinschaftswerken aller Art, in Verbänden und in politischen Parteien, in den Kommunen und im Staat.

Gesellschaft und Staat funktionieren nur, wenn es welche gibt, die mehr tun, als was ihre Rechtspflicht ist. Angesichts der heute so weit verbreiteten sozialen Verweigerungshaltung und deren gesellschaftszerstörerischen Auswirkung ist die Forderung nach diesem Mehr tun notwendiger denn je und damit sogar sehr zeitgemäß.

Mit "Freiheit" meinte die Urburschenschaft die Freiheit von Fürstenwillkür und Polizeistaatlichkeit, aber auch die Freiheit Deutschlands von einer Beherrschung durch ausländische Macht. Man vertrat damit die Prinzipien der persönlichen Freiheit und der Selbstbestimmung der Nation. Die Forderung nach der persönlichen Freiheit konkretisierte sich schließlich in den von der Paulskirche beschlossenen "Grundrechten des deutschen Volkes", an die später auch die Weimarer Reichsverfassung und unser Grundgesetz anknüpften.

Doch diese persönliche Freiheit war für den Burschenschafter nie nur eine Freiheit zu tun und zu lassen, was einem gerade so in den Sinn kommt, also die libertäre Freiheit vieler heutiger Zeitgeistler, sondern eine gemeinschaftsverträglich gehandhabte Freiheit, die in der Selbstverantwortlichkeit des Individuums besteht. Auch der burschenschaftliche Freiheitsbegriff ist daher alt und neu zugleich und damit zeitgemäß.

Kommen wir zum "Vaterland". Mit diesem Begriff brachte die Urburschenschaft ihren Wunsch nach einem staatlich geeinten Deutschland zum Ausdruck, aber auch nach einem tätigen Mitwirken an den öffentlichen Dingen, und zwar genau im Sinn der erstrebten deutschen Einheit. Darum waren Burschenschafter in der Paulskirche führend vertreten. Von fast 600 Mitgliedern der Nationalversammlung gehörten rund 160 einer Burschenschaft an, unter anderem ihr erster Präsident, Heinrich von Gagern.

Diese Vaterlandsverpflichtung gilt auch heute noch. Sie mahnt die Erfüllung der Bürgerpflichten an, der rechtlichen ebenso wie der moralischen. Den engagierten Staatsbürger wollen und brauchen wir, wie schon ausgeführt, auch und gerade heute.

Burschenschaft heute ist nach all dem schon deshalb kein Anachronismus, sondern ein positiv zu beurteilender Faktor, weil sie gesellschafts- und staatspolitische Werte pflegt, die für die lebendige Existenz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unerlässlich sind.

Laut Süddeutscher Zeitung vom 16. und 17. Mai dieses Jahres aber sind wir Burschenschafter, sofern wir uns in unserer Tradition auf die Revolution von 1848 und die Paulskirche berufen, Erbschleicher, die Geschichtsfälschung betreiben, um sich als Väter der Demokratie feiern zu können.

Es muß dem Verfasser des einschlägigen Artikels schon arg weh tun, daß die Idee deutscher Bürgerfreiheit und der Herbeiführung demokratischer Zustände ausgerechnet von solchen Leuten geboren und kämpferisch vertreten wurde, deren Nachfahren nicht zur politischen Linken gehören, sondern aus guten, auf unsere heutige Verfassungsordnung bezogenen Gründen auf der Seite der Konservativen stehen, auf der Seite der politischen Rechten.

Den zeitgeistlich bedingten Verirrungen in der deutschen Vergangenheit sind - zugegeben - auch Burschenschafter anheimgefallen, aber eben nicht nur Burschenschafter, sondern viele andere auch. Aber in diesem Zusammenhang ist noch etwas zu sagen: Nicht alles, was heute als Verirrung gilt, war eine Verirrung, sondern eine nicht unverständliche Reaktion auf bestimmte von anderen herbeigeführte Zeitumstände. Denken Sie etwa an die schicksalhafte Bedeutung des Diktats von Versailles für das Aufkommen Adolf Hitlers.

Und: Manches, was heute noch als ehrenwert gilt, wird in die Geschichte als Schufferei eingehen. Hier denke ich an den Verrat an den vom Sowjetkommunismus unterdrückten Menschen in Deutschland und allen anderen Gebieten des sowjetischen Einflußbereichs zugunsten guter Beziehungen zu den Unterdrückern dieser Menschen.

Entscheidend ist doch nicht, wer wann und wie geirrt hat, sondern, daß wir heute fest zu dem stehen, was wir für richtig halten. Und wenn wir Burschenschafter in Deutschland die älteste freiheitlich-demokratische Tradition haben, dann muß dies von unserer Gesellschaft genauso gewürdigt und in Ehren gehalten werden wie die Tatsache, daß es der in Sachen Marxismus durchaus lange irrenden Sozialdemokratie bedurft hat, um Deutschland zu einem Sozialstaat zu machen.

Und uns selbst muß klar sein und bleiben, daß es mit vornehmster Pflicht gerade der Burschenschaft ist, zu den entschiedensten und zuverlässigsten Verteidigern unserer heutigen Staatsordnung zu gehören. Dies gilt allen Anfechtungen der Zeit gegenüber, also hinsichtlich des Linksextremismus ebenso wie hinsichtlich des geistig ungefährlicheren rechtsextremen Narrensaums unserer Gesellschaft.

Vaterland und Europa

Ich komme zurück zum Vaterlandsbegriff. Wir Burschenschafter wollen, wie schon gesagt, engagierte Staatsbürger sein. Jedoch nicht Bürger irgendeines Staates, sondern eines deutschen Staates. Deutschland ist uns erste und wichtigste politische Verpflichtung. Ihm gilt unsere Liebe. Darum halten wir auch an dem familiären Begriff "Vaterland" - Land unserer Väter - in Treue fest.

An diesem Punkt ist Zeit zu sagen, daß uns Burschenschafter Ehre, Freiheit und Vaterland gebieten, sich für Deutschland und die deutsche Nation im Sinn des grundgesetzlichen Präsidenteneids einzusetzen. Wir haben dementsprechend als Patrioten einzutreten für ein in Europa und der Welt gleichberechtigtes Deutschland, dessen geistige Grundlagen nicht Lügenmärchen über seine Vergangenheit sind. Wir haben im Interesse der Friedlichkeit unserer Gesellschaft dafür zu sorgen, daß die Deutschen eine homogene Nation bleiben, die ihren Bestand aus sich selbst heraus erhält. Sie, nicht ein ethnisch umprogrammiertes Volk ist der deutsche Beitrag zur Menschheitskultur. Wir haben auf dieser Basis den nationalen Interessen zu dienen und so unseren Beitrag dafür zu leisten, daß Schaden von den Deutschen gewendet und ihr Nutzen gemehrt werde. Und wir sind charakterlich immer noch gesund genug, um diesen Geboten zu entsprechen.

Obwohl sich auch unser Grundgesetz zum Vaterland, zum deutschen Nationalstaat bekennt, spukt in den Köpfen vieler die Vorstellung, daß die Burschenschaft wenigstens wegen ihres Vaterlandsverständnisses antiquiert sei und daß das, was früher das Vaterland gewesen sei, heute Europa sein müsse. Europa als Nachfolger des Vaterlands. Viele sagen das - in Deutschland, muß man hinzufügen, allein in Deutschland. Das ist nicht normal, das ist traumatisch bedingt, und zwar durch die Niederlage von 1945 ebenso wie durch die Umerziehung, die, wie gesagt, bis heute wirkt. Wenn man sich seines Deutschseins schon zu schämen hatte, wie viele glaubten, dann versuchte man eben, aus ihm zu fliehen. Europa erschien da wie ein rettender Strohalm, an den man sich klammerte, um in eine neuartige Identität zu schwimmen.

Nun ist der Europa-Gedanke keineswegs schlecht. Im Gegenteil: Ein fest gefügter europäischer Staatenbund muß unter den gegebenen politischen Verhältnissen von jedem Vernünftigen als Grundbedingung für eine gesicherte Existenz Deutschlands, aber auch aller anderen zu diesem Bund gehörenden Staaten Europas gesehen werden.

Außerdem: Viele Dinge sind heute im nationalstaatlichen Alleingang gar nicht mehr machbar, etwa aus Kostengründen Projekte der Luft- und Raumfahrt und der Rüstung. Ich nenne hier den Airbus und den Eurofighter. Andere Dinge sind rein nationalstaatlich deshalb zum Scheitern verurteilt, weil die Welt immer kleiner wird, wie beispielsweise ein wirksamer Umweltschutz oder die erfolgreiche Bekämpfung der internationalen Bandenkriminalität.

Doch die Deutschen müssen sich eines abschminken: Daß Europa mehr wird als ein Staatenbund und daß es je in absehbarer Zeit die Vereinigten Staaten von Europa und damit einen Europa-Staat geben wird. Einen Superstaat dieser Art will außerhalb von Deutschland niemand.

Als demokratischer und transparenter und damit wirklich kontrollierbarer Staat wäre er auch gar nicht möglich. Angesichts der europäischen Sprachenvielfalt sowie unterschiedlichster nationaler Traditionen, Mentalitäten und Stimmungslagen kann es keine echte europäische öffentliche Meinung geben. Eine solche wäre aber eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für die Herausbildung halbwegs an den wirklichen Verhältnissen orientierter Wählermeinungen.

Die Realität ist: Die Engländer, die Franzosen, die Polen, die Skandinavier - sie alle fühlen sich wohl in ihren Nationalstaaten, diesen ihre Freiheit und Selbstbestimmung gewährleistenden Behausungen, die ihnen Wir-Gefühl und Geborgenheit vermitteln.

Der Nationalstaat lebt aber auch auf dem Boden der untergegangenen Sowjetunion. Den einst von Moskau unterjochten, jetzt freien Völkern war er stets heiliger Gegenstand ihrer Freiheitsträume. Auch sie wollen ihn daher unbedingt behalten. Auch in den übrigen Weltgegenden ist die Einstellung zum Nationalstaat keine andere.

Und so bleibt denn der Nationalstaat mitsamt seinen Interessen auf unabsehbare Zeit der wichtigste politische Bezugspunkt der Menschen. Es wäre sehr nützlich, wenn dies unsere vielen Europa-Schwarmgeister in Deutschland alsbald ebenfalls einzusehen lernten.

Vor allem Engländer und Franzosen denken doch nicht daran, ihre Souveränität ausgerechnet im wesentlichsten aller Punkte aufzugeben, dort nämlich, wo es um die Existenz ihres Vaterlandes gehen kann: in der Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sind ehemalige Weltmächte, die noch in den politischen Dimensionen einer Weltmacht denken. Sie haben durch den Status als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, so formal dieser Status auch nur sein mag, eine ungebrochene außenpolitische Tradition und ein unbeschädigtes Bild von ihren vitalen politischen Interessen. Und sie sind Atomkräfte und daher Staaten von herausgehobener - um nicht zu sagen: eigentlicher - Souveränität.

Engländer und Franzosen würden doch jedes deutsche Mitentscheiden über einen Krieg wie um die Falkland-Inseln oder eine Intervention im Tschad oder gar über den Einsatz von Atomwaffen als Behinderung empfinden: einmal, weil das Einvernehmen mit einem Partner herbeizuführen regelmäßig schwieriger ist, als allein zu entscheiden, und zum anderen, weil wir Deutschen ihnen in machtpolitischen Fragen nicht als die Zuverlässigsten erscheinen.

Denken Sie nur, wie sich die machtvergessenen und außenpolitisch seit der Wiedervereinigung häufig konzeptionslosen Deutschen im Golfkrieg verhalten haben, wo wir den Amerikanern hätten entgelten können, was sie für die Sicherheit West-Berlins und Westdeutschlands 40 Jahre lang und was sie für die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland getan haben. Statt militärisch zu handeln, hat unsere Regierung mit der läppischen und falschen Ausrede, daß das Grundgesetz keinen Bundeswehreininsatz im Golf zulasse, unserem Hauptverbündeten die Solidarität verweigert und sich hernach dafür - man sagte Scheckbuchdiplomatie - dumm gezahlt.

Als gleichsam als Ersatz für die von Frankreich abgelehnte europäische Politische Union ein bei der Brüsseler EU-Kommission sitzender Generalsekretär für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik - abgekürzt GASP - gefordert wurde,

kommentierte die Süddeutsche Zeitung mit Häme: "Die Vorstellung, ein Herr GASP, der möglicherweise nicht einmal Franzose ist, könnte in die Souveränität französischer Militär-, Atom- und Afrikapolitik eingreifen, gilt in Paris als absurd."

Und die Frankfurter Allgemeine schrieb dieser Tage über das Treffen in Cardiff: "Für Chirac geht es schlicht um die Wahrung des französischen Einflusses in Europa; wie seine Vorgänger versucht er, die zentralen EU-Organen zur Durchsetzung der nationalen Interessen zu nutzen."

Was ist die Folgerung aus alledem? Wir können getrost, ja wir müssen bei dem verpflichtenden Begriff "Vaterland" und damit bei Deutschland bleiben. Alles andere wäre illusionär. Klar muß heutzutage nur sein, und zwar gemäß den gegebenen politischen Notwendigkeiten und den vom Nationalismus geprägten Erfahrungen des Jahrhunderts: Das Vaterland Deutschland, der Nationalstaat Deutschland, unser politischer Hauptbezugspunkt muß ein europäisch verpflichteter Nationalstaat, ein europäisch verpflichtetes Vaterland sein.

Daß die Europa-Verpflichtung keineswegs unburschenschaftlich ist, zeigte bereits das Hambacher Fest 1832, auf dem gefordert wurde: "Die vereinigten Freistaaten Deutschlands in einem konföderierten republikanischen Europa."

Die Pflicht der Burschenschaft

Burschenschaft in der modernen Demokratie ist daher nicht nur deshalb ein positiver Faktor, weil sie Werte pflegt, die für unsere Verfassungsordnung unerlässlich sind, sondern auch deshalb, weil sie ein von Idealismus und Realismus gleichermaßen geprägtes, ein im internationalen Vergleich auch normales, summa summarum ein richtiges Verständnis von der Nation, von ihren Interessen und vom Vaterland hat.

Daß sie dabei Nation und Vaterland auch in den volks- und kulturdeutschen Ländern Österreich und Südtirol sieht, hat nichts mit Anschlußpolitik zu tun. Eine solche könnte nur aus der Forderung der Betroffenen erwachsen, ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinn einer Änderung des gegebenen Zustands auszuüben. Die burschenschaftliche Sicht der Dinge resultiert vielmehr aus der historischen Verpflichtung der Burschenschaft gegenüber dem Gesamtdeutschtum und seines Zusammenhalts auch über Staatsgrenzen hinweg, was zum sich immer stärker verbindenden Europa sicher besser paßt als geistiger Separatismus.

Trotz der heute anderweitigen staatlichen Zuordnung sieht die Burschenschaft in Ost- und Sudetendeutschland ebenfalls Vaterland, denn in diesen Deutschland gegen jedes Menschen- und Völkerrecht geraubten Gebieten wohnen noch Deutsche; außerdem haben dort die vertriebenen Deutschen und ihre Erben ein unverlierbares Heimatrecht, das man doch nicht wie die Bundesregierung als bloß noch lästigen Störfaktor abtun kann. Wir sind doch ein Rechtsstaat! Außerdem liegen im Festhalten an diesem Recht Zukunftschancen begründet, denen man sich klugerweise nicht verschließen sollte.

Der gesamtdeutschen Verantwortlichkeit der Burschenschaft entspricht es ferner, daß sie gegenüber allen Deutschen in der Welt, die sprachlich und kulturell deutsch

bleiben wollen, eine vaterländisch motivierte Pflicht sieht, sie dabei tatkräftig zu unterstützen.

Stellen wir daher abschließend fest, daß sich aus unserem Wahlspruch für unser Denken und Handeln als Gesamtverband, als Einzelbund und als Einzelperson als aktuelles politisches Erfordernis die Pflicht ergibt,

1. zuverlässiger Hüter unserer Verfassungsordnung zu sein,
2. das Nationalgefühl der Deutschen stärken zu helfen, dabei einen besseren Sinn entwickeln zu helfen für unsere nationalen Interessen sowie mitzuhelfen, im Einzelfall diese Interessen zu definieren und sich tatkräftig für deren Durchsetzung stark zu machen, und schließlich und endlich
3. diesseits und jenseits unserer Staatsgrenzen das Bewußtsein bewahren und stärken zu helfen, daß Volks- und Kulturdeutschland größer ist als die Bundesrepublik.

Handeln wir nach diesen Maximen, dann leisten wir einen wertvollen Beitrag zum geistigen Wiedergesunden unseres Volkes. Dabei ist es aber nicht unsere Aufgabe, in die Burschenschaft Parteiideologie hineinzutragen, sondern umgekehrt: Wir müssen in die Parteien hineinwirken, um in ihnen burschenschaftlichen Geist zu verbreiten.

Und wenn wir für das Erheben unserer Stimme gescholten werden, als Radikale oder Extremisten verdächtigt werden, dann müssen wir eben durchhalten, auch wenn wir damit verurteilt sind, den Weg vorübergehender Unpopularität bei den Meinungsmachern und ihrer Mitläuferschaft zu gehen. Denn die schweigende, die anständige Mehrheit im Volk steht uns näher als denen, die uns ablehnen. Eines Tages glaubt den linken Schwafel kein Vernünftiger mehr. Wir werden dann wie bei der Wiedervereinigung, die die politische Klasse der alten Bundesrepublik dem St. Nimmerleinstag überlassen und damit eigentlich abgeschrieben hatte, als die treu Gebliebenen dastehen und weitere Erfolge haben können.